

Die internationale Gemeinschaft am Beginn der Dritten Entwicklungsdekade

HANS ZWIEFELHOFER

Als die Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende 1961 die sechziger Jahre zum ›Jahrzehnt für Entwicklung‹ proklamierte¹, standen die sogenannten Entwicklungsländer im Vordergrund der von Optimismus und Fortschrittsglaube geprägten Programme. Knapp zwanzig Jahre später, am Beginn der Dritten Entwicklungsdekade (1981—1990), besteht kein Zweifel: Das Problem der Entwicklung ist weltweit geworden; als ›soziale Frage unseres Jahrhunderts‹ betrifft es die ganze Menschheit. Unsere Welt ist eine für das Überleben aller Menschen und Völker notwendige Beziehungseinheit, ohne jedoch eine Handlungseinheit zu sein. So stellt sich dem internationalen System von Nationalstaaten die beunruhigende Frage, ob es politischem Handeln gelingen wird, die wechselseitige Abhängigkeit auf friedlichem Weg und zum Wohl aller zu gestalten.

Die Lage an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade

Die Weltbank beschreibt in ihrem Weltentwicklungsbericht 1979 die Situation so:

»Mit dem Auslaufen der siebziger Jahre wird die Interdependenz der Weltwirtschaft zunehmend deutlich. Internationaler Handel, Kapitalbewegungen und Entwicklungen im Energiebereich sind Fäden im Netz wirtschaftlicher Verbindungen und gemeinsamer Interessen, die die Nationen miteinander verknüpfen. Der Bruch einer dieser Fäden gefährdet zugleich den Bestand anderer Verbindungen... Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, weitsichtige wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen, um die grundlegenden gemeinsamen Interessen zu verwirklichen und sie vor schlecht beratenen Schritten auf der Jagd nach kurzlebigen Gewinnen zu bewahren.«²

Zwei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik vermochten wenig. Die Fakten der sozio-ökonomischen Lage in der Welt zeigen wachsende Ungleichheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gleichzeitig aber auch eine Differenzierung der Entwicklungsländer untereinander und die Existenz einer menschenunwürdigen ›Vierten Welt‹. Das Konzept ›Hilfe durch Handel‹ hatte nicht den erhofften Erfolg; die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft ist unbefriedigend verlaufen. In Industrieländern wächst der Protektionismus; eigene wirtschaftliche und strukturelle Schwierigkeiten fördern die entwicklungspolitische Enthaltensamkeit. Die internationalen politischen Kräftefelder haben sich verschoben. Im Rahmen der Vereinten Nationen fordern die Entwicklungsländer, ermutigt und gestützt durch die erdölexportierenden Staaten, eine neue internationale Wirtschaftsordnung, um ihre relative Position im Welthandel zu verbessern, die ökonomische Macht neu zu verteilen und die Entscheidungsprozesse zu ihren Gunsten zu strukturieren. Verletzungen der Menschenrechte und Anwendung bewaffneter Gewalt in den Ländern der Dritten Welt wachsen an; nichtrechtsstaatliche Systeme und Militärregimes nehmen zu. Die sozialen und kulturellen Gegensätze verschärfen sich; das Verhältnis der Oberschicht zur Masse der Armen wird kritischer. Der erklärte politische Wille der Entwicklungsländer zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigen- und Selbständigkeit steht vor Problemen des kolonialen Erbes, kultureller Überlagerung und der Spannung zwischen Tradition und Modernisierung; übersteigter Nationalismus pocht auf extreme Autonomie. Wachsende Rüstungsausgaben in fast allen Entwicklungsländern verlangsamen die Überwindung der absoluten Armut; gesellschaftliche und politische Strukturen verhindern vielfach die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft. Alternative Entwicklungsmodelle treten an die Stelle westlicher Vorstellungen von der Modernisierung traditioneller Gesellschaften durch forciertes Wirtschaftswachstum. Mißverständnisse, Enttäuschungen und Verhärtungen zwischen den Regierungen der Industrie- und

Entwicklungsländer haben zugenommen; der Nord-Süd-Dialog ist stotternd geblieben.

Die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, die am 25. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen von der Generalversammlung verabschiedet wurde³, sah einen ausführlichen Ziel- und Maßnahmenkatalog für die Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 1971 bis 1980 vor. Während er für den rein ökonomischen Bereich eine Reihe quantitativ festgelegter Zielgrößen enthielt, wurde der soziale Bereich kürzer und allgemeiner abgehandelt. Das globale wirtschaftliche Wachstum — oberstes Ziel der Strategie — sollte in den Entwicklungsländern insgesamt durchschnittlich 6 vH pro Jahr betragen und das Pro-Kopf-Einkommen sollte um 3,5 vH jährlich steigen. Eine Überprüfung der Ziele zeigt, daß nicht alle Absichten im vergangenen Jahrzehnt verwirklicht worden sind. Die Beurteilung der Entwicklungserfolge ergibt jedoch wegen der starken Diskrepanz in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Entwicklungsländern kein einheitliches Bild. Nach Berechnungen verschiedener internationaler Organisationen scheint das globale Wachstumsziel annähernd erreicht worden zu sein. Zu diesem Ergebnis hat jedoch die günstige Wirtschaftsentwicklung in einigen Ländern überproportional stark beigetragen. Insbesondere die Erdöl- und Schwellenländer vermochten erhebliche Fortschritte in ihrer Wirtschaftsentwicklung zu erzielen und haben die in der Strategie dafür vorgegebenen ökonomischen Richtwerte nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar überschritten. Die wirtschaftliche Lage in den meisten anderen Entwicklungsländern mit dem weitaus größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer hat sich im Vergleich zu den sechziger Jahren eher noch verschlechtert.

Die sozialen Mißstände in allen Entwicklungsländern konnten nicht behoben werden; besonders hart ist die in den ländlichen Gebieten lebende Bevölkerung von der Armut betroffen. Dieses unbefriedigende Ergebnis ist sowohl auf die weltwirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit als auch auf Ursachen in den Entwicklungsländern selbst zurückzuführen. In vielen Entwicklungsländern wurden falsche Prioritäten gesetzt, die zu hohen Ausgaben in unproduktiven Bereichen (etwa Militär und Verwaltung) geführt haben. Durch ineffiziente Bewirtschaftung wurden personelle und finanzielle Ressourcen eingebüßt. Notwendige Reformen wurden entweder nicht in Angriff genommen

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Victor Beermann, geb. 1915, Niederländer, war von 1951 bis 1977 Bediensteter der Vereinten Nationen. Als Konsulent für UN-Organisationen tätig, zuletzt für UNCTAD im Zusammenhang mit der Konferenz über die LLDCs.

Dr. Iwan D. Iwanow, geb. 1934, Professor, ist Stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau; zuvor Bediensteter des UNCTAD-Sekretariats.

Dr. Rüdiger Wolfrum, geb. 1941, ist Privatdozent für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Bonn. Mitherausgeber des ›Handbuchs Vereinte Nationen‹ (München 1977).

Dr. Hans Zwiefelhofer, geb. 1932, Mitglied des Jesuitenordens, ist Professor für Sozialwissenschaften, Gesellschafts- und Entwicklungspolitik an der Hochschule für Philosophie/Phil. Fakultät SJ in München; seit 1976 Rektor der Hochschule.

oder sie sind trotz mangelnder Voraussetzungen und Vorbereitungen durchgeführt worden, so daß ihnen dadurch vielfach kein oder nur geringer Erfolg beschieden war. In manchen armen Ländern wurde der Staat zum Rechtfertigungsinstrument für die Privilegien einer Gruppe, die den Staatsapparat personell besetzt: Administratoren, die ihn handhaben, Beamte des Erziehungswesens, die ihn produzieren und reproduzieren und schließlich die Militärs als die harte Speerspitze des gesamten bürokratischen Zentralsystems.

Eine wesentliche Ursache für die unzureichende Verwirklichung der in der Strategie vereinbarten Entwicklungsziele liegt aber auch in der mit fundamentalen weltwirtschaftlichen Veränderungen einhergehenden Weltrezession, die zur Folge hatte, daß die notwendigen Voraussetzungen für viele der vorgeschlagenen Maßnahmen und Strategien nicht mehr gegeben waren. So ging die Dekadenstrategie von einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Industrieländer aus; hohe Wachstumsraten in diesen Ländern sollten über einen stärkeren Welthandel quasi automatisch und über zusätzliche Mittel für den Ressourcentransfer direkt zu einer rascheren Beseitigung der Unterentwicklung beitragen. Tatsächlich hielten die meisten Industrieländer ihre Zusage, den Entwicklungsländern öffentliche Mittel in Höhe von 0,7 vH ihres Bruttosozialprodukts zu vergünstigten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, nicht ein. Die Entwicklungshilfeleistungen machten nur die Hälfte der Zielvorgabe aus und stagnierten im Zeitablauf, gemessen als Anteil am Bruttosozialprodukt.

Die Entwicklungsländer haben von der erheblichen Ausweitung des Welthandels in den siebziger Jahren zwar profitiert, allerdings nur in sehr unterschiedlichem Maße. Besonders von dieser Entwicklung begünstigt waren im allgemeinen die rohstoffreichen Länder, die große Preisverbesserungen für ihre Ausfuhren erzielen konnten. Die in der Strategie empfohlenen Maßnahmen konzentrierten sich auf den Außenhandelsbereich der Entwicklungsländer und zogen wegen der zugrundeliegenden entwicklungspolitischen Implikationen unvorhergesehene Entwicklungen nach sich. Um eine wesentliche Voraussetzung für eine Steigerung des Exports, eine größere Produktpalette und insbesondere die Ausweitung des Angebots an weiterverarbeiteten Gütern zu schaffen, verfolgten viele Entwicklungsländer eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie. Die Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Bereichs meinte man vorübergehend in Kauf nehmen zu können; man glaubte, Fortschritte im Industrialisierungs- und Handelsbereich würden nach einiger Zeit von selbst auf den Agrarsektor übergreifen. Dieses Konzept hat in vielen Entwicklungsländern nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es führte im Gegenteil in vielen Staaten zu einer gütermäßigen Unterversorgung des Binnenmarktes und leistete durch die bevorzugte Förderung großer Unternehmen, die die Industrialisierung rasch vorantreiben konnten, einer weiteren Polarisierung von arm und reich sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern Vorschub. Als die Einnahmesteigerungen aus dem Export im Zuge der Weltrezession (und verschärft durch die restriktive Handelspolitik vieler Industrieländer) stark zurückgingen, wurde überall Kritik an dem in der Strategie vorgezeichneten Entwicklungsweg laut.

Im Rückblick auf die Zweite Dekade kann kritisch angemerkt werden, daß die Strategie quantitative und rein ökonomische Aspekte zu stark betont hat, wohingegen soziale Probleme und qualitative Aspekte, besonders sozio-kultureller Art, in den Entwicklungsbemühungen in den Hintergrund gedrängt worden sind. Dabei haben fehlende Voraussetzungen für eine Eingliederung in den Wirtschaftsprozess und eine in den Entwicklungsländern weitverbreitete ungleiche Einkommensverteilung bewirkt, daß die Vorteile des Wirtschaftswachstums häufig gerade an den ärmsten Bevölkerungsteilen vorbeigegangen sind. Als »Dekade der Enttäuschungen« bezeichneten Vertreter der Dritten Welt die siebziger Jahre⁴; schon sprechen nicht nur Pessimisten an der Schwelle der achtziger Jahre von einem »Jahrzehnt der Krisen«.

Die 11.UN-Sondergeneralversammlung (25.8.—15.9.1980)

Mit dem Ziel,

»die bei der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung in den verschiedenen Foren des Systems der Vereinten Nationen erzielten Fortschritte zu bewerten und ... auf der Grundlage dieser Bewertung geeignete Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ergreifen, einschließlich der Verabschiedung der neuen internationalen Entwicklungsstrategie für die achtziger Jahre«,

beschloß die Generalversammlung Ende 1977 die Einberufung einer Sondertagung für 1980⁵. Zwei Jahre später erweiterte die Generalversammlung dieses Mandat, indem sie die Sondergeneralversammlung zugleich mit der Einleitung einer »Serie globaler und fortlaufender Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung« beauftragte⁶. Dieser zusätzliche Beratungsgegenstand der »globalen Verhandlungen«⁷ sollte sich dann gegenüber dem Thema »neue Strategie« als wesentlich konfliktträchtiger erweisen; trotz viermaliger Verlängerung ging deshalb am Tage vor Beginn der 35.ordentlichen Jahrestagung der Generalversammlung die 11.Sondertagung mit nur spärlichem Ergebnis zu Ende. Der Verlauf der Sondergeneralversammlung ist in dieser Zeitschrift schon behandelt worden⁸; es sollen daher an dieser Stelle nur die Grundpositionen der einzelnen Ländergruppen zusammengefaßt werden. Zwar ist vieles schon aus früheren Nord-Süd-Debatten bekannt, doch erlauben die Diskussionsbeiträge einen Einblick in die unterschiedlichen Situationsbewertungen am Ende der Zweiten Entwicklungsdekade.

Die »Gruppe der 77«, der Verhandlungszusammenschluß der Entwicklungsländer, trug folgende Lagebeschreibung vor:

- Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind durch ein Klima der Frustration, des Mißtrauens und der Hoffnungslosigkeit gekennzeichnet.
- Die entwickelten Länder können nicht länger hoffen, den verderblichen Konsequenzen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation zu entkommen, und die Entwicklungsländer können sich nicht weiterhin selbst verteidigen gegen die wachsenden ökonomischen Lasten; sie befinden sich auf dem Weg zum Zusammenbruch.
- Es fehlt an politischem Willen, um die Weltwirtschaftsordnung neu zu gestalten und den notwendigen Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer zu verwirklichen.
- Die Rede von der wechselseitigen Abhängigkeit ist nicht von entsprechendem Handeln begleitet und soll die Hilfsleistungen von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängig machen.
- Die Notwendigkeit eines massiven Ressourcentransfers auf vorhersehbarer, langfristiger und gesicherter Basis ist ein Imperativ der Sicherheit.
- Im Rahmen des internationalen Währungs- und Zahlungssystems besteht eine asymmetrische Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das internationale Währungssystem muß neu strukturiert werden und den wirtschaftlichen Realitäten besser entsprechen.
- Die Errichtung des »Gemeinsamen Fonds« ist ein positiver Schritt, aber seine Wirksamkeit wird noch auf sich warten lassen; inzwischen ist für die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsländer eine starke Verschlechterung ihrer Austauschrelationen (terms of trade) festzustellen.
- Der Notwendigkeit einer Ausweitung des Welthandels widersprechen der zunehmende Protektionismus in verschiedenen Formen, Hindernisse im Zugang zu den Märkten der Industrieländer und das widerwillige Zögern dieser Länder bei den entsprechenden Strukturanpassungen.
- Die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern ist ein Schlüsselement für eine Stärkung der Rolle der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung.
- Von vordringlichster Wichtigkeit sind Sofortmaßnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer sowie für die von der Ölpreiserhöhung besonders betroffenen Länder, die Binnen- und die Inselstaaten.
- Die Fragen der Energie sind engstens verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei die energieimportierenden Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit zukommen muß. Aber wie im Fall der Interdependenz von Nationen besteht eine Beziehungseinheit der Probleme, so daß eine effektive Lösung in einem einzelnen Sektor parallele und tragfähige Lösungen in den anderen Sektoren bedingen.
- Für eine beschleunigte Entwicklung der Entwicklungsländer ist eine Neustrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendig, insbesondere durch die Einführung neuer Grundsätze und Regeln für den internationalen Handel und für finanzielle Angelegenheiten im Hinblick auf eine aktive Teilnahme und eine gerechte, ange-

messene und effektive Rolle der Entwicklungsländer bei den Entscheidungen auf internationaler Ebene.

- Die Länder der »Gruppe der 77« unterstreichen die Bedeutung einer internationalen Entwicklungsstrategie für die neue Dekade und die dringende Notwendigkeit globaler Verhandlungen über die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Für die Position der westlichen Industrieländer waren — in gewisser Bandbreite zwischen den skandinavischen Ländern und den Niederlanden einerseits, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland andererseits — folgende grundlegende Aussagen kennzeichnend:

- Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Probleme, denen die Welt gegenübersteht, kann niemand leugnen, daß in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beachtliche Fortschritte in Richtung auf die Zielvorstellungen einer gerechteren und auf Gleichheit ausgerichteten internationalen Wirtschaftsordnung erreicht worden sind; freilich ist dieser Fortschritt im Nord-Süd-Dialog nur langsam vor sich gegangen.
- Das Klima der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat sich, nicht zuletzt durch die wiederholten Erhöhungen der Rohölpreise, weiterhin verschlechtert. Auch die Industrieländer sind von dieser Situation betroffen.
- Die Situation der erdölimportierenden Entwicklungsländer ist so bedrohlich (Zahlungsbilanzdefizite, Verschuldung), daß sie vor unlöslichen Schwierigkeiten stehen. Das Problem der absoluten Armut verlangt Sofortmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft.
- Kein Land und keine Gruppe von Ländern kann die wachsende Interdependenz übersehen, die alle Staaten verbindet. Die Verantwortung für das Wachstum der Weltwirtschaft und die Entwicklungshilfe kann nicht allein den westlichen Industrieländern zugeschrieben werden; sie muß von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft geteilt werden, insbesondere auch von den erdölproduzierenden Staaten.
- Auch die Staatshandelsländer des Ostblocks sind mehr und mehr in das Netzwerk weltweiter wirtschaftlicher Interdependenz eingebunden und müssen deswegen an der Verantwortung teilhaben. Ihre Haltung, sich von internationaler Entwicklungszusammenarbeit freigestellt zu sehen, wird immer unverständlicher. Die effektive Teilnahme aller Ländergruppen ist eine der Grundbedingungen für den Erfolg globaler Verhandlungen.
- Ziel der Verhandlungen sollte einerseits sein, Wege und Maßnahmen zu suchen, um die Weltwirtschaft aus der Rezession herauszuführen und eine höhere Wachstumsrate zurückzugewinnen; andererseits geht es darum, im Rahmen der Neustrukturierung der Weltwirtschaftsordnung eine Lösung für die dringlichsten Probleme zu finden, von denen die Entwicklung der Dritten Welt abhängt. Als vordringlich müssen behandelt werden: das Energieproblem (Ölversorgung und Preispolitik), Finanzfragen, der Verfahrensrahmen für die globalen Verhandlungen.
- Prinzipien der neuen internationalen Entwicklungsstrategie sollten sein: Anerkennung des Prinzips der gegenseitigen Abhängigkeit; Dif-

ferenzierung der Entwicklungsländer gemäß Entwicklungsstand; Betonung der Grundbedürfnisse der Menschen. Als Ziele sollten gelten: Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums und des Wohlstands der Menschen, besonders der Ärmsten in den Entwicklungsländern; Errichtung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die mehr Gleichheit schaffen.

- Die Politik der Marktöffnung gegenüber den Entwicklungsländern muß fortgesetzt werden⁹.

Die Gruppe der Staatshandelsländer des Ostblocks umriß ihre Position mit folgenden Argumenten:

- Die hauptsächlichsten Hindernisse, um die Ziele der Entwicklung und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erreichen, liegen zu einem großen Teil in der Schwäche, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigen ist. Die Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft während der vergangenen Dekade sind die externe Hauptursache für die Probleme der Entwicklungsländer in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Finanzierung, Kredit. Ein weiteres sehr wichtiges Problem, dem sich die Entwicklungsländer konfrontiert sehen, sind die negativen Konsequenzen der Aktivitäten transnationaler Unternehmen.
- Die Wirtschaftskrise und ihre negativen Folgen für die Wirtschaftsbeziehungen wurden durch Diskriminierung und Protektionismus verschärft. Der Handel auf internationaler Ebene diente auch als Instrument des politischen Zwangs und Diktats gegenüber unabhängigen Staaten.
- Nach den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, des Respekts vor den Prinzipien der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils geben die sozialistischen Länder auf bilateraler und multilateraler Basis uneigennützigste Hilfsleistungen.
- Die neue Strategie muß vor allem dazu beitragen, den Neo-Kolonialismus, die Einmischung in innere Angelegenheiten, die Apartheid, die rassistische Diskriminierung und die Anwendung von Gewalt zu eliminieren; das sind die hauptsächlichsten Hindernisse für die wirtschaftliche Befreiung und den sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer.
- Die Erfahrung bestätigt die Unwirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen, besonders im finanziellen Sektor, im Rahmen einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Deswegen muß die neue Strategie auf eine vollständige Neustrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen abstellen.
- Die Staatshandelsländer unterstützen »im Prinzip« die globalen Verhandlungen mit dem Ziel, die neue internationale Wirtschaftsordnung und die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten zu verwirklichen — im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus.

Von den der Sondergeneralversammlung unterbreiteten Papieren verdient der originelle Vorschlag der belgischen Regierung hervorgehoben zu werden, der sich — komplementär zu den Vorschlägen Schwedens, Österreichs, Mexikos und Venezuelas — auf die Errichtung eines festgelegten und fast automatischen

Flüchtlingskinder in Somalia. Die Tätigkeit des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) in den Lagern wird auch von nicht-staatlichen Organisationen, beispielsweise dem deutschen Hilfswerk »Brot für die Welt«, unterstützt. In den letzten Jahren hat sich das Flüchtlingsproblem auf dem afrikanischen Kontinent dramatisch zuspitzt; die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit hierauf lenkte eine Konferenz in Gené am 9./10. April. — Siehe auch den Beitrag von U. Braukämper, Flüchtlinge in Afrika. Die Situation zu Beginn der achtziger Jahre, VN 1/1981 S. 1 ff.



Ressourcentransfers richtete¹⁰. Ausgehend von der unzureichenden bisherigen öffentlichen Hilfe der OECD-Länder und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß private Entwicklungshilfeleistungen in der Hauptsache in Länder mit mittleren Einkommen fließen, deren Verschuldung gefährlich gestiegen ist, plädiert der Vorschlag für »einen Pakt interdependenten Wachstums«. Die wachsende Interdependenz, die notwendige Entpolitisierung der Hilfe und die Aussicht auf eine mögliche Grundlage für eine Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs werden als Argumente für einen solchen Pakt angeführt. Sein Kerngedanke besteht in der Bindung der öffentlichen Hilfe an das Wirtschaftswachstum der Industrieländer. Die Entwicklungshilfeleistung wird danach fällig, wenn ein Pro-Kopf-Einkommen von 3 000 US-Dollar erreicht ist; ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu Blöcken bzw. offiziellen Gruppierungen haben 24 Länder diese Grenze überschritten, weitere fünf Länder sind nahe daran. Das reale wirtschaftliche Wachstum ist das Maß für eine steigende Hilfeleistung, die auf diese Weise festgelegt wird. Ein Land zum Beispiel, dessen Pro-Kopf-Einkommen zwischen 3 000 und 4 000 Dollar liegt, soll 0,7 vH des ersten Prozents des jährlichen Zuwachses des Bruttosozialprodukts als Hilfe abgeben, 1 vH für das zweite Prozent des Wirtschaftswachstums, 2 vH des dritten Prozents, 3 vH des vierten Prozents des Wirtschaftswachstums usw. Für ein Land, dessen Pro-Kopf-Einkommen zwischen 7 000 und 8 000 Dollar liegt, soll dieser Anstieg noch größer sein; die Prozentsätze der Hilfeleistungen könnten zum Beispiel verdreifacht werden. Mit Bezug auf den erreichten Wohlstand und das laufende Wirtschaftswachstum enthält der Vorschlag auch ein einfacheres System für eine steigende Hilfeleistung; danach sollen beispielsweise Länder mit einem jährlichen Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2 Prozent im Falle eines Pro-Kopf-Einkommens von 3 000 Dollar 1 vH des Zuwachses des Bruttosozialprodukts als Hilfe abgeben, im Falle eines Pro-Kopf-Einkommens von 5 000 Dollar 1,5 vH und im Falle eines Pro-Kopf-Einkommens von 10 000 Dollar 2,5 vH. Bei vierprozentigem jährlichem Wachstum des Bruttosozialprodukts sollte die Hilfe 2 vH dieses Zuwachses umfassen, wenn ein Pro-Kopf-Einkommen von 3 000 Dollar vorliegt; bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 5 000 Dollar 3 vH, bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 10 000 Dollar 5 vH. Nach den Worten des Vorschlags beruht der »Pakt für interdependentes Wachstum« auf der dringenden Notwendigkeit, ein Gleichgewicht der Interdependenz zwischen reichen und armen Ländern zu finden und die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd durch die Einführung objektiver, automatischer und mit Steigerungsraten verbundener Kriterien für die Mobilisierung und Verteilung der öffentlichen Hilfe zu konsolidieren.

Die beiden ihr aufgegebenen Themen »Entwicklungsstrategie« und »globale Verhandlungen« wurden von der 11. Sondergeneralversammlung in zwei Plenar-Arbeitsgruppen behandelt. Über den Text des Strategiedokuments wurde schließlich Einvernehmen erzielt; er wurde jedoch auf der Sondertagung nicht mehr als Resolution verabschiedet. Grund hierfür war offensichtlich der Wunsch der Entwicklungsländer, den Fehlschlag beim zweiten Beratungsgegenstand nicht durch einen scheinbaren Erfolg in Sachen Strategie überdeckt zu sehen. Die Inangasetzung der globalen Verhandlungen (die die Bereiche Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung sowie Währung und Finanzen umfassen sollen) erschien den Entwicklungsländern nämlich als das aktuell wichtigere Thema — und hier bewegte sich auf der Sondergeneralversammlung nur sehr wenig. Kern der Kontroverse war (und blieb vorerst) die unterschiedliche Interessenlage in zentralen Fragen: Im Bereich »Energie« erwarten die westlichen Industrieländer verbindliche Festlegungen der Ölförderländer bezüglich der Entwicklung von Energiepreisen und -mengen; im Bereich »Währung und Finanzen« zielen die Entwicklungsländer auf die Beseitigung der westlichen Dominanz in Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen ab. Auf Antrag der »Gruppe der 77« wurde die Frage der globalen Verhandlungen

dann in die Tagesordnung der 35. Generalversammlung aufgenommen; Präsident Rüdiger von Wechmar konnte in den folgenden Monaten immerhin das völlige Abreißen des Gesprächsfadens verhindern¹¹. Da in dieser Frage die neue amerikanische Regierung, ein Hauptbeteiligter des projektierten Dialogs, wenig Eile zeigt, wird man mit einem ernstlichen Beginn der globalen Verhandlungen vor 1982 kaum rechnen können.

Internationale Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade

Die 35. Generalversammlung verabschiedete am 5. Dezember 1980 ohne förmliche Abstimmung den auf der 11. Sondergeneralversammlung vereinbarten Text der Dekadenstrategie, der im 2. Hauptausschuß der 35. Generalversammlung keine Veränderungen erfahren hatte und auch dort im Konsenswege angenommen worden war¹².

Zentrale Elemente

1.

Im Licht der Erfahrungen der Zweiten Dekade, deren Ziele weitgehend nicht erreicht wurden, wählt die Strategie für die Jahre 1981 bis 1990 einen breiteren und flexibleren Ansatz. Vergleichsweise geringere Aufmerksamkeit gilt starren quantitativen Zielen; dafür wird Nachdruck auf eine breitere Zielpalette mit Einschluß struktureller und institutioneller Wandlungsprozesse gelegt. Dieser Versuch einer Neuorientierung wird nicht nur in der ausdrücklichen Betonung der »Entwicklung« als integralem Prozeß und der Zusammengehörigkeit wirtschaftlicher und sozialer Ziele deutlich, sondern vor allem durch die Einbeziehung von Problembereichen wie Abrüstung, Energie und Umweltschutz in ihrem Bezug zum Entwicklungsprozeß sowie durch die vergleichsweise ausführliche Behandlung sozialer Ziele wie der Befriedigung individueller und sozialer menschlicher Bedürfnisse (Ernährung und Gesundheit, Trinkwasserversorgung, Alphabetisierung, Vollbeschäftigung und Partizipation der Bevölkerung).

2.

Wie in der Präambel ausdrücklich festgehalten wird, weiß sich die Dekadenstrategie auf die Charta der Vereinten Nationen und auf die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung verpflichtet. In Anlehnung an die Schlußdokumente der 6. und der 7. Sondergeneralversammlung (1974 und 1975) sowie die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (1974) gelten als Wertprämissen der Dekadenstrategie:

- Anerkennung der Unabhängigkeit sowie der uneingeschränkten und ständigen Souveränität jedes Staates über seine Ressourcen und sein Wirtschaftsleben;
- Gewaltverzicht und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Überwindung des Kolonialismus und Imperialismus, der Apartheid und der rassistischen Diskriminierung;
- Selbstverantwortung und kollektive Eigenständigkeit der Entwicklungsländer;
- volle Partizipation der Entwicklungsländer bei allen Entscheidungen im Bereich der Entwicklung und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit;
- Verantwortung aller Staaten für eine weltweite Zusammenarbeit auf der Basis von Gerechtigkeit, Gleichheit und gegenseitigem Nutzen;
- Förderung der menschlichen Würde und Verbesserung des Wohlstands aller auf der Grundlage der Partizipation am Entwicklungsprozeß und der gerechten Verteilung.

3.

Sehr deutlich und durchgehend enthält die Strategie die prioritäre Behandlung der Niedrigeinkommensländer, insbesondere jener Staaten, die zur Gruppe der »am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer« gehören. Sowohl in der Präambel und der Formulierung der Ziele wie auch in der Auflistung der politischen Maßnahmen wird den ärmsten Ländern eine Sonderstellung eingeräumt und eine Art Globalpakt gegen die absolute Armut skizziert.

4.

Die quantitativen Zielvorstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung entsprechen im erreichten Kompromiß den folgenden

durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten: 7 vH für das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer insgesamt, 4 vH für die Agrarproduktion, 9 vH für die Industrieproduktion, 7,5 vH für die Exporte und 8 vH für die Importe der Entwicklungsländer.

5.

Die quantitativen Zielvorstellungen für die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer wiederholen das 0,7-Prozent-Ziel, das bis 1985 (und keinesfalls später als in der zweiten Hälfte der Dekade) erreicht werden soll; das Ziel von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollte »möglichst bald danach« erreicht werden. Einen bindenden Charakter dieser Zielvorgaben konnten die Entwicklungsländer nicht durchsetzen.

6.

Strukturelle und institutionelle Wandlungsprozesse werden im Rahmen einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander, eines verbesserten und erweiterten Ressourcentransfers, einer Beschleunigung der Strukturanpassungsprozesse unter der Rücksicht der internationalen Arbeitsteilung und im Rahmen einer institutionellen Neuordnung für Finanz- und Währungsfragen angesprochen. Während die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer eine deutliche und von allen Beteiligten getragene Zielvorstellung von besonderer Bedeutung und Dringlichkeit darstellt, sind die Aussagen der Dekadenstrategie zu den übrigen genannten Bereichen mit großer Vorsicht zu bewerten, wie insbesondere die abgegebenen »Interpretationen« beweisen.

»Interpretationen«

Die Sprecher zahlreicher Delegationen gaben, zum Teil im Namen der Regionalgruppen, »Erklärungen« zur neuen Strategie ab¹³. Sie bekunden prinzipielle Zustimmung, jedoch auch eine ganze Reihe von wichtigen Vorbehalten, die deswegen von Bedeutung sind, weil sie sich sicher auf die unterschiedliche Verwirklichung der Dekadenstrategie von seiten der verschiedenen Lager niederschlagen werden. Hier soll keine Dokumentation der abgegebenen Stellungnahmen vorgenommen, sondern vielmehr und lediglich der Versuch unternommen werden, auf die hauptsächlichsten Argumente der Vertreter der »Gruppe der 77«, der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten, der sozialistischen Länder Osteuropas und der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen.

»Gruppe der 77«: Obwohl die Engpässe und Defekte der Strategie für die Zweite Dekade nicht vollständig zur Kenntnis genommen und zu Neuorientierungen in der ab 1981 gültigen Dekadenstrategie geführt haben, stellt diese nach Ansicht der Vertreter der Entwicklungsländer einen Schritt nach vorn dar, dessen Bedeutung freilich vom Engagement der Staaten hinsichtlich der Verwirklichung dieser Strategie abhängig ist. Als positive Aspekte der Strategie werden genannt:

- die deutliche Anerkennung der Notwendigkeit struktureller Veränderungen für die internationalen Beziehungen und für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung;
- die Annahme höherer Wachstumsziele im Vergleich zur vorherigen Dekadenstrategie einschließlich eines Terminplans für den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe;
- ein allgemeiner Handlungsrahmen für zwei Problembereiche, die in der gegenwärtigen Situation von besonderer Dringlichkeit sind: Finanzen und Energie;
- wichtige Fragen im Handelsbereich und die besondere Aufmerksamkeit für spezielle Entwicklungsländergruppierungen;
- die vergleichsweise strengere Überprüfung der Anwendung der Dekadenstrategie.

Allerdings ist nach Aussage der Vertreter der Entwicklungsländer die Strategie weit entfernt von dem, was als Handlungsrahmen der internationalen Gemeinschaft unter den schwierigen gegenwärtigen Umständen erforderlich wäre. Der Text bleibt hinter den Erwartungen der Entwicklungsländer zurück, weil der erzielte Kompromiß zu viele Einschränkungen und Zweipältigkeiten enthält.

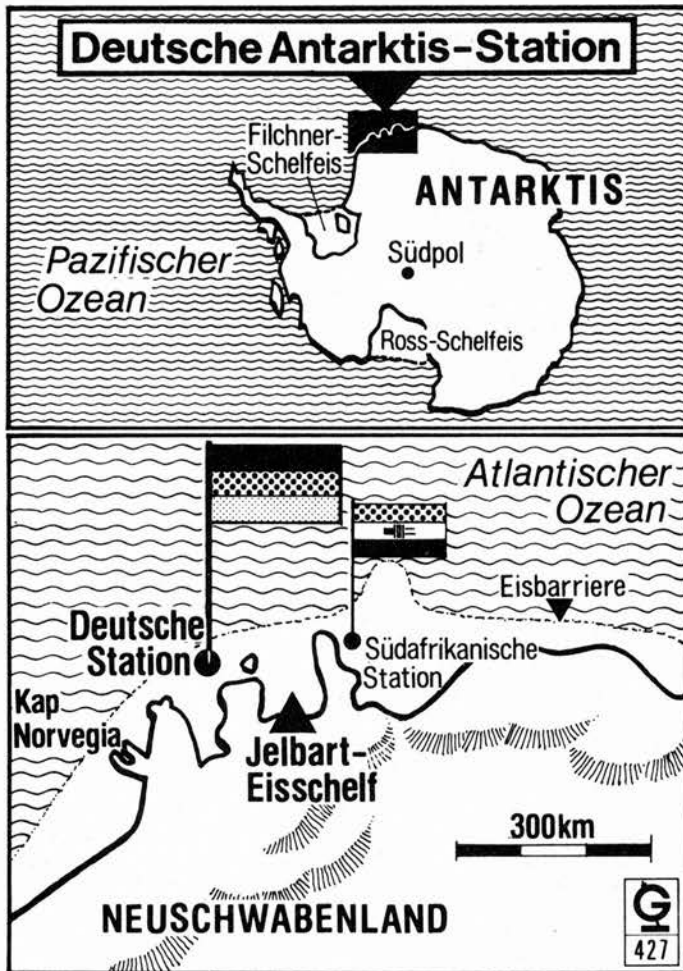
Europäische Gemeinschaft: Die EG und ihre Mitgliedstaaten ließen zu einigen Punkten des Strategietextes erklären:

- Ziffer 113 — besonders günstige Konditionen für Zahlungsbilanzhilfen seitens des Internationalen Währungsfonds und anderer Finanzinstitutionen — kann nicht zugestimmt werden;
- ähnliches gilt für Ziff. 128 (Transportwesen) bezüglich der Vorgabe präziser quantitativer Zielvorstellungen für den Anteil der nationalen und multinationalen Handelsflotte der Entwicklungsländer an den Weltfrachtkapazitäten;
- hinsichtlich der Ausführungen über die öffentliche Entwicklungshilfe (Ziff. 24 und 98) bekräftigen die Mitgliedstaaten der EG ihre Unterstützung des 0,7-Prozent-Ziels;
- für die Fragen der Energie (insbesondere Ziff. 34) ist auf den wesentlich langfristigen Charakter jeder Lösung hinzuweisen; die EG würde konzentrierte Maßnahmen der gesamten internationalen Gemeinschaft zugunsten der Energiebedürfnisse der Entwicklungsländer begrüßen;
- die effektive und angemessene Rolle, die die Entwicklungsländer bei Entscheidungsprozessen im Rahmen des internationalen Währungssystems gemäß Ziff. 26 und 115 spielen sollen, muß auf der Grundlage ihres Anteils an der Weltwirtschaft in Übereinstimmung mit den Vorschriften und Prinzipien der vorhandenen internationalen Institutionen geschehen;
- die Staaten der EG halten es für inopportun, quantitative Unterziele für die Vergabe von öffentlicher Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder zu benennen (Ziff. 146);
- die uneingeschränkte Ausübung der Souveränität über die natürlichen Ressourcen und wirtschaftlichen Aktivitäten (Ziff. 6, 32, 126b) sollte die Grundsätze des Völkerrechts respektieren.

Vereinigte Staaten: Der Sprecher der USA betonte die tiefe Besorgnis über die unangemessene Behandlung der Energiefrage im Text der Dekadenstrategie, denn Energieangebot und Energiepreise würden vermutlich zu den wichtigsten Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer gehören. Die Strategie übersieht nach Ansicht der USA die enge und vitale Beziehung zwischen Energie und Entwicklungsperspektiven. Die USA teilen die Zielvorstellungen der Entwicklungsländer hinsichtlich des allgemeinen und sektoralen Wirtschaftswachstums, können sich jedoch nur zu Anstrengungen verpflichten, die zu verbesserten Wachstumsraten für die Entwicklungsländer führen. Die Anwendung der politischen Maßnahmen und die Interpretation des Dokuments sollte die Vereinbarungen, Resolutionen und Entscheidungen in Rechnung stellen, die von zuständigen Gremien des Systems der Vereinten Nationen getroffen worden sind. Zu einzelnen Bereichen bzw. Punkten des Textes erklärte der Vertreter der USA:

- Die erste und wichtigste Aufgabe im Bereich des Handels ist die Verwirklichung der Reduktion tarifärer Handelshemmnisse und der Vereinbarung über nicht-tarifäre Schranken gemäß den Übereinkommen, die bei den multilateralen Handelsverhandlungen erzielt worden sind;
- die USA interpretieren die Formulierung, daß die entwickelten Länder den Entwicklungsländern nicht-reziproke und unilaterale Konzessionen einräumen sollen, in dem Sinn, daß auch die Entwicklungsländer keine Konzessionen einräumen werden, die mit ihrer individuellen Entwicklung und ihren finanziellen und handelspolitischen Bedürfnissen nicht übereinstimmen;
- die Entwicklungsländer sollen ihre Beteiligung am Handelssystem im Maß ihrer fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer verbesserten Handelssituation zunehmen lassen;
- die USA stimmen zu, daß das Allgemeine Präferenzsystem über die vorgesehene Geltungsdauer hinaus praktiziert werden soll, betonen jedoch, daß es sich dabei um ein zeitliches, unilaterales Programm handelt;
- die USA akzeptieren das 0,7-Prozent-Ziel nicht und interpretieren den Begriff »entwickelte Länder« im Text der Strategie so, daß die sozialistischen Länder Osteuropas ebenso dazugehören wie alle anderen industrialisierten Staaten;
- die USA sehen strukturelle Anpassungsprozesse im industriellen Sektor primär als Ergebnis der Marktkräfte; die Regierung kann nicht direkt in solche Prozesse intervenieren;
- die ablehnende Haltung der USA hinsichtlich des Lima-Aktionsplans der UNIDO hat sich ebensowenig geändert wie die Beurteilung von Reformen des Weltwirtschafts- und Weltwährungssystems sowie die Einstellung zu Fragen der Entschuldung und zur Verbindung von Sonderziehungsrechten und Entwicklungshilfe.

Sozialistische Länder Osteuropas: Aus ihrer Sicht ist die vorliegende Dekadenstrategie »weicher« als die Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung vom 1. Mai 1974 und die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten vom 12. Dezember 1974. Denn es fehlen Vorkehrungen für die Absicherung der vollen Souveränität der



Die deutsche Antarktis-Station sollte ursprünglich auf dem Filchner-Schelfeis am Weddellmeer errichtet werden. Wegen widriger Packeis-Verhältnisse mußten die Erbauer auf einen anderen, schon vorher erkundeten Standort auf dem Jelbart-Eisschelf ausweichen. Die »Ausführung erheblicher wissenschaftlicher Forschungsarbeiten« auf dem sechsten Kontinent ist Voraussetzung für die Aufnahme in den »Klub« der stimmberechtigten Mitglieder des Antarktis-Vertrags, die der Bundesrepublik Deutschland am 3. März 1981 zuteil wurde. — Vgl. den Beitrag in VN 2/1979 S. 46 ff.

Staaten über ihre natürlichen Ressourcen und ihre ökonomische Aktivität, einschließlich des Rechts der Nationalisierung. Ebenso vermissen die sozialistischen Länder Aussagen über die Beendigung der Einmischung ausländischen Kapitals und transnationaler Unternehmen in innere Angelegenheiten sowie über die gleiche Beteiligung aller Staaten an den Wirtschaftsbeziehungen und über die Unzulässigkeit von Diskriminierungen aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme. Die quantitativen Zielvorstellungen der Strategie wurden nach Ansicht der sozialistischen Länder ohne Rücksicht auf die nationalen Pläne und Programme entworfen und scheinen deshalb ohne Grundlage. Hinsichtlich quantitativ-festgelegter Zielvorstellungen für die öffentliche Entwicklungshilfe betonte der Sprecher der sozialistischen Länder Osteuropas die unveränderte Position der ideologisch begründeten Ablehnung.

Bundesrepublik Deutschland: Ihr Sprecher erklärte, daß die Bundesrepublik im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe zum 0,7-Prozent-Ziel stehe und Anstrengungen unternehmen werde, es möglichst bald zu erreichen. Eine Erhöhung des Ziels auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt. Zur Frage der internationalen Rohstoffabkommen (Ziff. 56) wurde die Position der Bundesrepublik wiederholt, daß derartige Abkommen abgeschlossen werden sollen, wo und wenn sie in Anbetracht der besonderen Umstände des jeweiligen Rohstoffs angebracht sind. Eine staatliche Intervention im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit natürlicher Rohstoffe gegenüber synthetischen Ersatzstoffen wird abgelehnt. Zum Problem der Entschuldung erklärte der Sprecher der Bundesrepublik, daß sein Land alle bisher beschlossenen Maßnah-

men in die politische Praxis umgesetzt habe und keine Möglichkeiten mehr für andere und neue Wege gesehen werden.

Bewertung

Man wird der Erklärung der »Gruppe der 77« zustimmen müssen, daß die neue Dekadenstrategie einerseits im Vergleich zu ihren Vorläufern einen Schritt nach vorn darstellt, andererseits jedoch weit hinter dem zurückbleibt, was angesichts der Situation notwendig wäre. Freilich werden die Ziele einer Dekadenstrategie stets an Grenzen stoßen, selbst wenn man von den üblichen kompromißbegründeten Unschärfen und Zwiespältigkeiten in der sprachlichen Formulierung und im Sachverhalt der politischen Ziel-Mittel-Systeme absieht. Die Regierungen der westlichen Industriestaaten können wegen ordnungspolitischer Grundsätze keine bindenden Zusagen über das Wirken der privaten, in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und in der Entwicklungspolitik tätigen Unternehmen bzw. Träger abgeben. Aufgrund mangelnder institutioneller, personeller und finanzieller Voraussetzungen werden viele Entwicklungsländer nicht in der Lage sein, sämtlichen in einer Dekadenstrategie festgelegten Zielen nachzukommen. Die Entscheidung, welche Ziele verfolgt werden sollen und müssen, bleibt allein diesen Staaten als selbständigen Gebilden des Völkerrechts vorbehalten und kann in ihrer Schwerpunktsetzung durchaus von internationalen Beschlüssen abweichen. Hinzu kommen Zielkonflikte aufgrund sachlicher, logischer und zeitlicher Abhängigkeit zwischen den Zielen. Internationale Zielsetzungen werden ferner auch dadurch eingegrenzt, daß einzelne Staaten sich zu Gruppen zusammengeschlossen haben und in weltweiten Verhandlungen gemeinschaftliche Vorstellungen vertreten. Dabei kann die Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners und des größtmöglichen Ziels wegen verhandlungstaktischer und machtpolitischer Absichten den entwicklungs politischen Gesichtspunkten der Realisierbarkeit und Zweckmäßigkeit Schaden zufügen. Eine internationale Strategie kann gemäß ihrer Eigenart nur globale Aussagen enthalten. Internationale Ziele können daher nationalen Zielen widersprechen oder sind aufgrund ihres hohen Aggregationsgrades auf viele Entwicklungsländer nur unzureichend abgestimmt. Und in dem Maß, in dem sich die unterschiedlichen Gruppen von Entwicklungsländern differenzieren, müßte ein umfangreiches Bündel von Strategien auf regionaler Ebene beschlossen werden, was für internationale Verhandlungen kaum praktikabel erscheint. Schließlich ergeben sich Grenzen für die Zielerreichung einer Dekadenstrategie durch die sich unabhängig von menschlichen Einwirkungsmöglichkeiten ändernden Rahmenbedingungen wie Naturkatastrophen, Mißernten oder Epidemien.

Hinsichtlich der im Dezember 1980 verabschiedeten internationalen Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen sind folgende Schwächen nicht zu übersehen:

- Der Entwicklungsbegriff ist trotz verbaler Betonung eines integralen Entwicklungskonzepts weitgehend ökonomisch-technologisch charakterisiert und die Grundsätze für die Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen entsprechen ebenso wie die entwicklungs politischen Strategieelemente und deren Zielhierarchie fast ausnahmslos dem Wachstumsmodell der vergangenen Jahrzehnte. Die erfreulichen und klaren Prioritäten zugunsten der ärmsten Länder und der armen ländlichen Bevölkerungsteile haben sich nur andeutungsweise in einer grundlegenden Neuorientierung im Sinne des Grundbedürfniskonzepts niedergeschlagen.
- Die sozio-kulturelle Dimension des Entwicklungsprozesses wird nur sehr sparsam angedeutet, obwohl in vielen Fällen der bisher eingeleitete Entwicklungsprozeß, auch wo er wirtschaftlich gesehen relativ erfolgreich verlief, erhebliche negative Folgen gezeitigt hat, die man mit dem Begriff »Kulturverlust« umschreiben kann. Die im Grunde von außen induzierte Entwicklung hat in vielen Entwicklungsländern zu tiefreichenden Veränderungen geführt, welche nicht selten eine Entwurzelung im Hinblick auf die traditionelle Wertordnung und in ihr veranker-

ten Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstrukturen zur Folge hatten. In manchen Fällen ist sogar von einer Zerstörung der traditionellen Wertorientierung zu sprechen, ohne daß an deren Stelle neue Werte getreten wären, so daß ein kulturelles Vakuum mit all seinen negativen Folgen für das menschliche Zusammenleben entstand. Es ist zu vermuten, daß gerade dieser Kulturverlust, d. h. das Nichteinbeziehen der jeweiligen kulturellen Tradition in den Entwicklungsprozeß die tiefere Wurzel für dessen Scheitern darstellt. Denn wirkliche und dauerhafte Entwicklung ist letztlich nur dort möglich, wo sie, wie auch immer, von den jeweils vorgegebenen konkreten Verhältnissen ausgeht und auf ihnen aufbaut, statt etwas von oben und außen einfach aufsetzen oder importieren zu wollen. Es gibt keine universale Modernisierung im Sinne westlicher Industrialisierung. Was oft »Entwicklungshindernisse« genannt wurde, ist in vielen Fällen eine tiefgreifende Abwehr gegenüber einem Typ von sozio-kultureller Veränderung, der als unverträglich mit dem Überleben der »Empfänger« angesehen wird.

● In engem Zusammenhang mit der sozio-kulturellen Dimension steht die Beteiligung der Bevölkerung. Ein Entwicklungsprozeß ist nur lebensfähig, wenn er von der Breite der Bevölkerung getragen wird. Die wachsende Diskrepanz zwischen politischen und ökonomischen Eliten und der Masse der Bevölkerung verhindert nicht nur eine Erhöhung der materiellen Lebensqualität, sondern auch und gerade eine für den gesamten Entwicklungsprozeß notwendige Verstärkung der Selbst- und Eigenständigkeit der Bevölkerung, die ohne Wandel der politischen und sozialen Verhältnisse undenkbar ist. Die in der Dekadenstrategie formulierte Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe ist als unpolitisch und technokratisch zu kennzeichnen; sie hat aber massive politische Konsequenzen, nämlich die Förderung eines Status quo, der für die ökonomische Entwicklung keineswegs optimal, für die soziale Entwicklung oft schädlich und zur Förderung politischer Partizipation und zur Verwirklichung der Menschenrechte unwirksam ist. Zwar spricht die Dekadenstrategie an mehreren Stellen von der Partizipation der Bevölkerung, doch fehlt der Aufweis der durchgängigen Dimension von Macht und Herrschaft — sowohl in der Sicht der Nord-Süd-Beziehungen wie auch in der Beurteilung der Entwicklungsprozesse innerhalb der Dritten Welt. Es wäre freilich utopisch, Aussagen über das Verhalten politischer Eliten oder über Befreiungsbewegungen in einer Dekadenstrategie zu erwarten, aber die Menschenrechtsproblematik müßte eigentlich gewichtiger zum Ausdruck kommen und die Flüchtlingsproblematik dürfte in einer internationalen Entwicklungsstrategie zu Beginn der achtziger Jahre nicht fehlen.

● Die quantitativen Zielvorstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung, d. h. für das allgemeine und sektorale Wachstum wie auch für die Spar- und Investitionsquoten, sind vermutlich

zu hoch angesetzt. Vor allem aber fehlt eine Anpassung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der sektoralen Entwicklungsstrategien, wie sie eine stärkere Betonung der sozialen Ziele erfordern würde. Ein unmittelbarer Einfluß auf die soziale Situation in den Entwicklungsländern kann von Maßnahmen in den Sektoren Landwirtschaft und Industrie ausgehen, z. B. in den Bereichen Ernährung und Gesundheit, Beschäftigung und Ausbildung. Dies würde allerdings eine Änderung der bisherigen, rein auf wirtschaftliche Ziele gerichteten Strategien in diesen Sektoren voraussetzen. In diesem Zusammenhang haben die Konzepte zur integrierten ländlichen Entwicklung sowie zu einer stärker binnenmarktorientierten Industrialisierung in der Dekadenstrategie einen zu geringen Stellenwert.

● Auch im Rahmen der neuen Entwicklungsstrategie ist es nicht gelungen, eine Reihe von heißen Eisen so anzupacken, daß sich Konturen einer Problemlösung abzeichnen. Dies gilt vor allem für folgende Problembereiche:

- > Integrierte Reformen der Währungs-, Finanzierungs- und Handelsinstitutionen;
- > Regelungen für einen automatischen, gesicherten, voraussehbaren und langfristigen Ressourcentransfer;
- > umfassende Lösungen für die Energieprobleme der erdölexportierenden Entwicklungsländer;
- > gezielte Forderungen an bestimmte Gruppierungen wie Ölförderländer oder Ostblock.

Anmerkungen

- 1 Auf Anregung des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy; UN-Doc. A/Res/1710 (XVI) v.19.12.1961, deutsch in VN 5/1962 S.157f.
- 2 Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1979, Washington 1979, S.133.
- 3 UN-Doc. A/Res/2626 (XXV) v.24.10.1970.
- 4 Vgl. auch die in dieser Zeitschrift von K. Friedrich Schade und Anila Graham gezogene Bilanz; VN 5/1979 S.158ff.
- 5 UN-Doc. A/Res/32/174 v.19.12.1977.
- 6 UN-Doc. A/Res/34/138 v.14.12.1979.
- 7 Zur Vorgeschichte VN 3/1980 S.95f.
- 8 VN 5/1980 S.181f.
- 9 Bundesaußenminister Genscher forderte in diesem Zusammenhang in seiner Rede vor der 11. Sondergeneralversammlung einen »internationalen Liberalisierungsplan«, VN 5/1980 S.173.
- 10 UN-Doc. A/S-11/AC.1/5 v.6.9.1980.
- 11 Am 22.10.1980 kündigte der Präsident die Bildung einer informellen Vorbereitungsgruppe mit dem Ziel der Verständigung über die Ingangsetzung der globalen Verhandlungen an; am 17.12.1980 beauftragte ihn die Generalversammlung mit der Fortführung dieser Konsultationen, ein Mandat, das sie am 15.1.1981 erneuerte.
Wie wenig sich im Grunde seit der Sondergeneralversammlung bewegt hatte, erhellt aus den in VN 1/1981 S. 21f. wiedergegebenen Äußerungen Rüdiger von Wechmars. Doch auch danach scheint es kaum Fortschritte gegeben zu haben, da Wechmar von den seinen Dezember-Äußerungen zufolge bereits vereinbarten »90 Prozent der Tagesordnung« für die globalen Verhandlungen auch noch am 19.2.1981 (in einem Vortrag in New York) sprach; der scheinbar geringe »Rest« umschließt aber gerade die zentralen Kontroversen.
- 12 UN-Doc. A/Res/35/56, deutsch S. 64ff. dieser Ausgabe.
- 13 Siehe dazu im einzelnen Nr. 68 der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit herausgegebenen »Materialien« (Mai 1981).

Die Zeit von 1970 bis 1980 war eine außergewöhnliche Erdbebenperiode. Das Besondere daran war die Schwere der Erschütterungen, nicht die Zahl; denn nach langjährigen Erfahrungen kommt es Jahr für Jahr zu mehr als 100 000 Beben, von denen aber nur ein Bruchteil überhaupt bemerkt wird. Ursache der Beben sind Bewegungen in der Erdkruste, die vor allem in den großen Bruch- und Faltungszonen spürbar werden. — Etwa 95 vH aller Opfer von Naturkatastrophen sind in Entwicklungsländern zu beklagen. Für die Katastrophenhilfe hat die Weltorganisation einen Koordinator (UNDRO) eingesetzt; vgl. VN 3/1977 S. 94 ff.

